

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abzugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepalte Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 34. Kriegswoche.

Die Berichte über die Mitgliederbewegung und über die Arbeitslosigkeit für die Woche vom 21. bis zum 27. März liegen aus 416 Verwaltungsstellen vor. 25 Orte haben keine Berichte eingesandt. Es sind dies folgende Orte: Greifswald, Lübz, Lüssi, Slogau, Frankfurt a. O., Hennigsdorf, Bischofswerda, Ebersbach, Gotha, Göttingen, Gräfenthal, Rorbürg, Rudolstadt, Salungen, Langemünde, Heide, Uetersen, Walzrode, Minden, Ehingen, Mürkingen, Singen, Zweibrücken, Rißingen und Lindau. Leider hat sich die Zahl der nicht berichtenden Orte wieder erhöht. Ein Vergleich mit den Vorwochen zeigt, daß meistens dieselben Orte nicht berichten. Es wäre zu wünschen, daß sich alle Verwaltungsstellen an der Berichterstattung beteiligten, da die Aufstellung sonst an Wert verliert.

Nach den vorliegenden Berichten waren bei Beginn der Woche 307492 Mitglieder vorhanden. Abgegangen sind insgesamt in dieser Woche 3896. Davon wurden 2255 zum Militär eingezogen. Es verbleiben somit am Schlusse der Berichtswoche 303496 Mitglieder.

Von den 303496 erfassten Mitgliedern waren 5200 arbeitslos, das sind 1,7 Prozent. Es trat also wieder eine kleine Verminderung der Arbeitslosigkeit gegen die Vorwoche ein. Die Unterstützungssumme ist diese Woche wieder etwas höher und beträgt 17911 M., während sie in der Vorwoche 17739 M. betrug. Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken ist folgender Tabelle zu entnehmen:

Übersicht über die Zeit vom 21. bis 27. März 1915.

Bezirk	Arbeitslose	Arbeitslos %	Unterstützungssumme
1. Bezirk	32	7,389	102
2. "	23	6,612	108
3. "	31	8,687	88
4. "	53	47,289	340
5. "	76	36,199	637
6. "	41	40,794	462
7. "	38	32,359	727
8. "	28	14,169	212
9. "	49	23,471	314
10. "	44	26,100	491
11. "	1	64,473	?

Zus. [416] 307492 3896 2255 303496 5200 1,7 17911
* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.
Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Verichtswochen	Arbeitslos	Arbeitslos %	Unterstützungssumme
1. August 1914	—	—	—
1.-4. Sept. 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143343
5.-8. " 30. 8. = 26. 9.	384	68	15391
9.-13. " 27. 9. = 31. 10.	433	13	13468
14.-17. " 1. 11. = 28. 11.	433	13	13468
18.-22. " 29. 11. = 2. 1. 15.	415	30	11091
23.-26. " 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	7117
27.-30. " 31. 1. = 27. 2. 15.	429	14	7818
31. " 28. 2. = 6. 3. 15.	425	18	2016
32. " 7. 3. = 13. 3. 15.	422	19	2117
33. " 14. 3. = 20. 3. 15.	426	18	2625
34. " 21. 3. = 27. 3. 15.	416	25	2255

Nach der vorstehenden Tabelle sehen wir noch zwei Bezirke über dem Gesamtdurchschnitt der Arbeitslosigkeit von 1,7 Prozent. Es sind dies der 9. und 10. Bezirk. Wie in früheren Berichten schon erwähnt, befinden sich in diesen beiden Bezirken große Spezialindustrien der Luxus- und Spielwarenindustrie, die durch den Krieg ins Stocken geraten sind. Der 1., 2., 3., 9., 10. und 11. Bezirk haben eine prozentuale Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, während im 4., 5., 6., 7. und 8. Bezirk die Arbeitslosigkeit auf dem gleichen Prozentverhältnis stehen geblieben ist wie in der Vorwoche.

Zur Ernährungsfrage.

Die durch die Sperrung der Zufuhr herbeigeführte Knappheit der Lebensmittel und die dadurch bedingte Notwendigkeit, die vorhandenen Vorräte zweckmäßig einzuteilen und hauswirtschafterisch zu verwenden, hat zu den sonderbarsten Vorschlägen nicht nur geführt, sondern auch zu Urteilen über unsere bisherige Lebenshaltung, daß man glauben könnte, die Masse des deutschen Volkes hätte geradezu verschnödenberisch gelebt. Haben wir doch nicht nur in Tagesblättern, sondern auch in Zeitschriften unzählige Male lesen können, daß wir bisher viel zu viel gegessen haben und daß besonders der Fleischverbrauch in Deutschland eine Höhe erreicht habe, wie in keinem anderen Lande. Eine Einschränkung des Fleischgenusses sei deshalb nicht nur unbedenklich, sondern von gesundheitlichem Nutzen. Besonders die Arbeiterklasse soll in den letzten Jahren ihren Fleischverbrauch gewaltig gesteigert haben, weshalb ihr in Aufträgen in der Ortskrankenkasse, dem Organ des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, die Einschränkung des Fleischverbrauchs als eine gesundheitlich wertvolle Maßnahme dargestellt wird. Verhältnismäßig viele Arbeiterfamilien sollen nicht zum Mittag und zum Abend, sondern auch schon zum Frühstück Fleisch genießen und dieser übermäßige Fleischgenuss macht nach einem Aufsatz in der genannten Zeitschrift die Ernährung teuer und schlecht. Die Verteuerung der Ernährung soll nicht so sehr auf Steigerung der Lebensmittelpreise beruhen, sondern auf dem stärkeren Verbrauch der teuren Speisen, wie Fleisch, Eier und Butter. Solchen Behauptungen kann nicht entgegnet genug widersprochen werden. Die Ernährung ist in den

letzten zehn Jahren, darüber kann gar kein Streit herrschen, durch die Preissteigerung der Lebensmittel verteuert worden. Das beweist nicht nur der Einzelhaushalt, auch die Berechnungen großer Anstalten, wie Krankenhäuser, Kasernen, Heilstätten, in denen in der Ernährungsweise keine Änderung eingetreten ist, ergeben eine ständige Steigerung des Aufwandes für Nahrungsmittel.

Es ist auch unrichtig, daß der Fleischverbrauch der Arbeiter besonders hoch ist, im Gegenteil, er ist sehr niedrig. Die vom Statistischen Amt des Reichs veröffentlichten Ergebnisse einer Haushaltsstatistik über 852 minderbemittelte Familien ergeben, daß in 150 Arbeiterfamilien auf den Kopf und das Jahr nur 27,5 Kilogramm Fleisch entfallen. Von diesen 150 Familien hatten 40 ein Einkommen von 2 bis 3000 M., also ein weit höheres, als es die Masse der Arbeiter erreicht. Trotzdem betrug der Fleischverbrauch mit 27,5 Kilogramm nur wenig mehr als die Hälfte des Reichsdurchschnitts, der zur Zeit dieser Erhebung 53 Kilogramm betrug. Der Fleischverbrauch der Arbeiter ist also in Wirklichkeit von einem solchen Umfange, daß sein Übermaß gewiß keine gesundheitlichen Gefahren bedingt, wohl aber sein Untermaß. Ratschläge, die die jetzt zur Verteidigung des Vaterlandes weiter notwendige Einschränkung des Fleischverbrauchs als wertvolle gesundheitliche Maßnahmen den Arbeitern empfehlen wollen, müssen zurückgewiesen werden. Die im Lande zurückgebliebenen haben sich schon manche Einschränkung auferlegt und werden sich ohne Murren für die Dauer des Krieges noch manche weitere auferlegen, weil sie wissen, daß es zur glücklichen Abwehr der Pläne unserer Feinde notwendig ist, viele Opfer zu bringen. Darüber braucht gar kein Wort gesagt zu werden und wir wollen auch nicht über die in der Ernährung notwendigen Einschränkungen klagen. Wogegen wir uns wenden, das ist der Versuch, die Herabsetzung der Ernährung als gesundheitlich vorteilhaft darzustellen und die auch vor dem Kriege erhobenen Klagen über Verteuerung der Ernährung als unbegründet zu bezeichnen, weil angeblich die Verteuerung nicht in der Steigerung der Lebensmittelpreise, sondern in der unbegründeten Bevorzugung tierischer Lebensmittel in den Kreisen der Arbeiter ihren Grund haben soll.

Sehr vorteilhaft von den Aufschauungen über den Wert der Fleischnahrung als hauptsächlichster Träger des Eiweißes, die in den Aufträgen der Ortskrankenkasse vertreten sind, stehen die Ausführungen ab, die kürzlich der bekannte Kliniker Professor Dr. v. Noorden in einem Vortrage in Frankfurt a. M. gemacht hat. Der Vortrag wird im Aprilheft der Deutschen Rundschau vollständig erscheinen. Aus ihm hat kürzlich die Frankfurter Zeitung einen Auszug gebracht, dem wir einige Angaben entnehmen wollen. Professor v. Noorden setzt das Mindestgewicht an Eiweiß für den erwachsenen Mann auf täglich 70 bis 80 Gramm fest. Er wünscht aber, daß sich nach dem Kriege der durchschnittliche Verbrauch an Eiweiß für den Kopf der Bevölkerung auf 100 Gramm hebt. Bisher war das höchste des Durchschnitts 93 Gramm. Mit Recht weist Noorden darauf hin, daß bei einem solchen Durchschnittsverbrauch, der doch wesentlich durch den hohen Verbrauch der bemittelten Schichten beeinflusst wird, auf die weniger zahlungsfähigen Schichten eine Eiweißzufuhr entfallen sein muß, die sicher nicht über dem zweckmäßigen geringsten Gewicht, wahrscheinlich weit tiefer liegt. Er hofft, daß es in Zukunft gelingen wird, die Erzeugung und Einfuhr größerer Mengen billigen Eiweißmaterials zu sichern, so daß nicht nur die wohlhabenden, sondern auch die ärmere Bevölkerung der Wohlstand reichlicherer Eiweißzehrung teilhaftig wird. Hierin handelt es sich nach v. Noorden um eine wichtige soziale Zukunftsaufgabe. „Ich bringe damit“, fährt er fort, „zum Ausdruck, daß ich die Bestrebungen mancher moderner Physiologen, unsern Eiweißbedarf möglichst niedrig zu werten, durchaus nicht billige. Lassen wir ruhig andere Völker jenen Mangelgestaltungen sich unterwerfen und halten wir an der völkergesundheitlichen Erfahrung fest, daß kräftige Völker, die germanische Rasse voran, immer starke Eiweißzehrer waren.“ Professor v. Noorden richtet seine Mahnung auf Einschränkung des Verbrauchs von Eiweiß vor allem an die Wohlhabenden, da der ärmeren Bevölkerung eine wesentliche Beschränkung der gewohnten Eiweißzufuhr nicht auferlegt werden darf, weil sie auch früher das zweckmäßige Geringste sicher nicht überschritten hat.

Das klingt anders als die Anlagen über die üppige Lebensweise der Arbeiter vor dem Kriege und die Ratschläge, die den Arbeitern die jetzt auch von ihr geübte Beschränkung im Verbrauch von Fleisch als gesundheitlich wertvoll empfehlen will, die sie nach dem Kriege unter allen Umständen beibehalten müsse. Die Befolgung dieser Ratschläge zur Volksbeglückung wäre sehr gefährlich, weil Ernährung, die an Eiweiß arm ist, eine ununterbrochen wirkende Ursache von Krankheiten ist. Krankheitshäufigkeit und damit Herabsetzung der Leistungsfähigkeit gehen mit der Minderung des Eiweißverbrauchs Hand in Hand.

Dies wird durch Untersuchungen der Professoren Stephan Bauer und Lichtenfeld, deren Ergebnisse im Heft 2 der Basler Volkswirtschaftlichen Arbeiten veröffentlicht worden sind, hewiesen. Lichtenfeld hat die Ernährung von rund 13000 Arbeitern in Deutschland, die in Menagen verpflegt werden, untersucht. Hierbei haben sich für die einzelnen Berufsgruppen große Unterschiede, besonders im Anteil des tierischen Eiweißes an der Nahrung ergeben. Professor Bauer hat dann die Unterschiede in der Zusammenlegung der Nahrung, soweit sie für 2058 Arbeiter in Sachsen ermittelt sind, im Vergleich zu den Zahlen über Ernährung und Krankheitsdauer gestellt, die das Werk des Statistischen Amtes des Reichs: „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend“ enthält. Das Ergebnis ist, daß Krankheitshäufigkeit und Krankheitsdauer mit der Verringerung des tierischen Eiweißes in der Nahrung steigen, wie folgende Übersicht unabweisend beweist.

Industriegruppe	Zugl. Verbrauch von tierischem Eiweiß in Gramm
Industrie der Nahrungsmittel	49,23
Textilindustrie	42,84
Industrie der Steine und Erden	29,55

Auf je 1000 im Jahr beobachtete Personen entfallen:

Industriegruppe	Krankheitsfälle		Krankheitsstage	
	25 bis 34	35 bis 64	25 bis 34	35 bis 64
Industrie der Nahrungsmittel	354	447	6684	10456
Textilindustrie	393	422	7539	9607
Industrie der Steine und Erden				
a) Zement und Kalk	569	685	9981	14807
b) Steinbearbeitung	495	603	12168	19363
c) Glas, Porzellan	359	461	7881	11615

Wird der Verbrauch von tierischem Eiweiß für die Angehörigen der Nahrungsmittelindustrie gleich 100 gesetzt, so sinkt er für die Textilindustrie auf 87 und für die Industrie der Steine und Erden auf 60,6. Umgekehrt verhalten sich die Krankheitsstage, sie steigen von 100 auf 118 und 147. Professor Bauer sagt hierzu: „Wir gelangen somit auf Grund der Berechnung von 2058 Nahrungs-bildern und einer Krankheitsstatistik, die 56294 (davon 13907 weibliche — die hier nicht besonders betrachtet sind —) Personen umfaßt, zum Ergebnis: Das Ausmaß des tierischen Eiweißes, das sich die Arbeiter durch die Kaufkraft ihres Lohneinkommens in einer Industrie verschaffen können, steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer relativen Krankheitsdauer. Je weniger tierisches Eiweiß verfügbar ist, desto stärker ihre Krankheitswahrscheinlichkeit.“ Dieser Satz bestätigt nur eine alltägliche Erfahrung, die jeder machen kann, der das Leben mit offenen Augen betrachtet. Es gilt aber, ihn uns fest einzuprägen und uns nicht betören zu lassen, daß eine Verringerung des Fleischverbrauchs auf die Dauer von gesundheitlichem Nutzen wäre. Für die Zeit des Krieges muß eine Herabsetzung eintreten und ist schon eingetreten, weil sie notwendig ist, um mit den Vorräten zu zureichen und den Plan der Auszehrung zuschanden zu machen. Daraus wird sich jeder fügen. Nach dem Kriege soll aber nicht nur der frühere Stand erreicht werden, sondern es muß eine Verbesserung der Lebenshaltung eintreten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.
Dem § 36 Abs. 2 des Statuts entsprechend bringen wir nachstehend die von den Mitgliedschaften und einzelnen Mitgliedern bei uns eingereichten Anträge zur nächsten ordentlichen Generalversammlung in Berlin zur allgemeinen Kenntnis.
Anträge, die lediglich eine Ablehnung oder Annahme gestellter Anträge wünschen, ferner Anträge und Resolutionen, die die Haltung der Generalversammlung zu gestellten Anträgen betreffen sowie alle Anträge, die die Beibehaltung jezt geltender statutarischer Bestimmungen oder von früher her noch gültiger Beschlüsse von Generalversammlungen bezwecken, wurden wie bisher weggelassen.
Stuttgart, den 10. April 1915.
Der Vorstand.

Anträge zur Generalversammlung.

Zur Tagesordnung.
Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen:
Bremen-Oberfeld. Einführung von Staffelleistungen.

In Punkt 2 der Tagesordnung.
a) Wiederinkraftsetzen aufgehobener Unterstützungen.

Bremen, Solingen. Die Anordnung des Vorstandes zu § 10 Abs. 7 des Statuts aufzuheben.
Düsseldorf. Die Generalversammlung wolle die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit beschließen, mit der Maßgabe, daß nach 14tägiger Karenzzeit der niedrigste Satz bezahlt wird.
Gevelsberg, Gotha, Hannau, Jechow, Solingen, Witten-Annen, Wolfenbüttel. Die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nach § 11 des Statuts ab 1. Juli wieder in Kraft zu setzen.
Osnabrück, Quecklinburg. Die Generalversammlung möge beschließen, für die Dauer des Krieges die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit in halber Höhe der statutarischen Sätze einzuführen.
Vegeack. Die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit für die Dauer des Krieges nach folgenden Sätzen zu gewähren:

bei einer Mitgliedschaftsdauer von	für männliche Mitglieder	für weibliche u. jugendliche Mitglieder
von 52 bis 156 Wochen	5 M. pro Woche	2,50 M. pro Woche
über 156 = 260	6 „ „	3 „ „
= 260 = 364	7 „ „	3,50 „ „
= 364 = 468	8 „ „	4 „ „
= 468	9 „ „	4,50 „ „

b) Unterstützungen an die zum Kriegsdienst Eingezogenen und deren Familien.
Düsseldorf. Die Generalversammlung wolle beschließen: Aus der Hauptkasse ist eine größere Geldsumme zur Verfügung zu stellen zur Unterstützung der Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen. Diese Gelder sind den Verwaltungsstellen nach Lage der Verhältnisse zur Verfügung zu stellen.

Gelsenkirchen. Die Generalversammlung möge beschließen, für sämtliche verheiratete Kriegsteilnehmer und ihre, die für den Unterhalt ihrer Familie zu sorgen haben, nach Beendigung des Krieges eine einmalige Unterstützung aus Verbandsmitteln zu gewähren.
Witten-Annen, Quecklinburg. Die Generalversammlung möge beschließen, den Angehörigen der im Felde gefallenen Mitglieder ein Sterbegeld in halber Höhe der Sätze des § 13 zu gewähren.

c) Berufskonferenzen, Agitation.
Leipzig. Der Vorstand wird beauftragt, eine Konferenz der Werkzeugschmager Deutschlands zu geeigneter Zeit einzuberufen.
Schwaberg. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, die bewährten Agitationsmerkmale nach dem Kriege wieder einzuführen und den Funktionären der Ortsvereinigungen zuzustellen.
Wetzlar. Der Vorstand wird beauftragt, eine Berufskonferenz für die chirurgische Branche einzuberufen.
d) Anträge verschiedenen Inhalts zum Vorstandsbericht.
Borsdorf. Den am Kriege teilnehmenden und dadurch ausgegliederten Mitgliedern des Verbandes wird die Dauer des Kriegesbeschlusses auf ihre Mitgliedschaft angerechnet und diese durch besondere Marken im Mitgliedsbuch quittiert, wenn sie sich innerhalb vier

Wochen nach Entlassung aus dem Heeresverband bei den örtlichen Verwaltungstellen oder beim Vorstand wieder anmelden.

Diese Bestimmung tritt rückwirkend auch für diejenigen in Kraft, die seither als dienstuntauglich aus dem Heeresverband entlassen worden sind und sich inzwischen wieder angemeldet haben.

Braunschweig. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes möge mit der Generalkommission der Gewerkschaften Maßnahmen treffen, um die Gewerkschaftskollegen, die in diesem Kriege durch die erlittenen Verletzungen nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte sind und dadurch ihren Beruf aufgeben müssen, als Kassiere, Boten oder sonstige Hilfsarbeiter in den Betrieben der Gewerkschaften, der Partei und Genossenschaften unterzubringen, um dadurch die Lebenslage der Kollegen erträglicher zu gestalten.

Bremen. Die Generalversammlung möge beschließen: Den einzelnen Verwaltungstellen bleibt die freie Verfügung über die durch Extrabeiträge aufzubringenden Mittel vorbehalten. Eventuell: Es ist unzulässig, Extrabeiträge zu erheben.

Dresden. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, nach Beendigung des Krieges eine ordentliche Generalversammlung einzuberufen.

Leipzig. Die Verwaltungstellen haben das Recht, auf ihre Kosten Kollegen in die Parteischule zu schicken. Der Vorstand hat auf Antrag der Verwaltungstellen die dazu nötige Vermittlung zu übernehmen.

Leipzig. Der Vorstand ist verpflichtet, alle rechtzeitig zum Verbandstag eingehenden Anträge nach § 36 Abs. 2 zu behandeln.

Leipzig. Den Vorstand zu beauftragen, die Werkzeugmaschinen als besondere Branche anzuerkennen und den übrigen anzureihen.

e) Verbandsorgan.

Duisburg. Die Generalversammlung möge beschließen: Die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung wird angewiesen, die Gebiete der inneren und äußeren Politik, der internationalen Arbeiterbewegung und volkswirtschaftlichen Abhandlungen in der gegenwärtigen Zeit, wo eine weitgehende Kritik solcher Artikel unmöglich ist, gar nicht zu berühren oder in denselben dem Empfängnis der großen Majorität der Kollegen Rechnung zu tragen.

Düsseldorf. Der Verbandstag verurteilt die tendenziös gefärbten Artikel, wie sie im Verbandsorgan in der Nr. 45/1914 „Krieg und soziale Aufgaben“ im ersten Absatz sowie in den Artikeln von Fritz Kummer in Nr. 1, 2 und 11/1915 erschienen sind. Ebenso dem Artikel in Nr. 3/1915 „Rückblick auf das Jahr 1914“, welcher dem Korrespondenzblatt entnommen war. Der Verbandstag erwartet, daß die Metallarbeiter-Zeitung mehr den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung respektiert und eine dementsprechende Haltung einnimmt. Ebenso erwartet der Verbandstag, daß das Verbandsorgan bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine mehr referentielle Haltung einnimmt und nicht durch persönliche Anmerkungen Konflikte heraufbeschwört, die zum Schaden der Arbeiterschaft sind, wie das in Nr. 7/1915 unter Rundschau geschehen ist.

Güppingen. Die Verwaltungstelle Güppingen protestiert mit aller Schärfe gegen die derzeitige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, indem dieselbe nicht angetan ist, die Arbeiter über die derzeitigen Verhältnisse in wahrer Weise aufzuklären. Die Kollegen verlangen daher von der Generalversammlung, daß der Redaktion die Wege gezeigt werden, welche angebracht erscheinen, die Arbeiterschaft auch während des Krieges von einer chauvinistischen Hebe abzuhalten und dafür eine ausgiebige Schreibweise zum Nutzen und zur Zufriedenheit der Verbandskollegen zu führen ist.

Leipzig. Die Generalversammlung erklärt: Die Behandlung von inneren Parteifragen in der Metallarbeiter-Zeitung hat zu unterbleiben.

Pries. In der Metallarbeiter-Zeitung ist über innere Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei und deren Personen, Parteitätigkeit nicht zu berichten.

In Punkt 3 der Tagesordnung.

a) Anträge, die vor der Spezialberatung erledigt werden müssen.

Staffelkommission. Einführung einer Beitragsklasse von 50 % nebst entsprechender Unterstützung (siehe Nr. 14 d. Ztg.).

Oberhausen. Die Generalversammlung möge der Frage näher treten, ob es nicht angebracht ist, für diejenigen Mitglieder, welche auf eine Gewerkschaftenunterstützung im Krankheitsfall verzichten, einen etwas geringeren Beitrag festzusetzen. Die Krankheitsunterstützung im Verband danach nicht mehr als eine obligatorische, sondern als eine fakultative zu betrachten.

b) Anträge für die Spezialberatung.

Besüglich der Anträge der Staffelkommission wird auf die in Nr. 14 zu den einzelnen Paragraphen veröffentlichten Vorschläge verwiesen.

§ 3, Absatz 6.

Obersdorf. Für die Beitrittserklärungen Maxten à 50 und 30 % auszugeben und im Mitgliedsbuch einzuflechten.

§ 5, Absatz 4.

Bremen. Anfügen: Mitglieder, die nur 3 Tage arbeiten, sind vom Beitrag befreit.

Schramberg. An geeigneter Stelle einschalten: Im Falle vorübergehender Aufhebung der Ausbezahlungsverpflichtung tritt für die betroffenen Mitglieder Beitragsbefreiung ein, wenn dieselben durch Lohnbuch oder Lohnzettel beim Beschäftigungs- oder ersten Sozialversicherungsstellen nachweisen, daß ihr erzielter Verdiensthier nicht höher kommt als der Höchstfuß der Arbeitslosenunterstützung, welche arbeitslose Mitglieder der gleichen Beitragsklasse, in welcher sich die Antragsteller befinden, ausbezahlt erhalten.

§ 6, Absatz 2.

Friederwalde. Anfügen: Weibliche Mitglieder, die vorübergehend nicht erwerbstätig sind, können dieser Klasse beitreten. Bei Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit treten sie wieder in ihre alte Rechte und Pflichten ein.

§ 9, Absatz 1.

Güppingen. Die Gewerkschaftenunterstützung bei Arbeitslosigkeit in allen Unterhaltungsstellen für männliche von 1. M und für jugendliche und weibliche Mitglieder um 50 % pro Woche zu erhöhen.

§ 10, Absatz 5.

Parburg. Absatz 5 redaktionell wie folgt fassen: Für Tage der Werbung an dem Gewerkschaftenunterstützung war bezogen worden, wenn innerhalb der letzten 42 Tage jedes gewerbliche und landwirtschaftliche Gewerkschaftstag vertuschen sind (ungewerbliche können auch weniger Tage auf die Werbungzeit für Anrechnung) oder die Arbeitslosigkeit sich an eine militärische Dienstleistung, an einen Schiedsgericht, eine Inhaftierung, einen Streik oder Auslieferung angeschlossen.

Absatz 7.

Schlögen. Absatz 7 folgende Fassung geben: Das zeitweise Ansetzen mit der Arbeit gilt als Arbeitslosigkeit und kann den davon Betroffenen während des Krieges Gewerkschaftenunterstützung gewährt werden, wenn diese Ansetzen mindestens die Hälfte der normalen wöchentlichen Arbeitszeit in sechs aufeinanderfolgenden Monaten, im ganzen aber länger als sechs Arbeitstage dauert und nicht Gehaltsverweigerung zur Ursache hat u. s. w.

§ 11, neuer Absatz 9.

Cottbus. Anfügen: Mitglieder, denen der Bezug des Sozialversicherungsbeitrags von Lohn, Gehalt oder sonstigen Einkünften der Doppelversicherungspflicht unterliegt, können auch bei der Doppelversicherung zum Lohnbuch eingetragen werden, wenn die Höhe des in den Statuten der Gewerkschaften festgelegten Krankheitsbezugs erreicht ist.

§ 15, Absatz 1.

Duisburg. Der letzte Satz wie folgt zu fassen: Die Höhe derselben beträgt für verheiratete männliche Mitglieder, sofern sie für den

Unterhalt ihrer Familie sorgen, 20 M die Woche, für ledige und solche verheiratete männliche Mitglieder, die nicht für den Unterhalt ihrer Familie sorgen, 15 M die Woche, für weibliche und jugendliche männliche Mitglieder 10 M die Woche.

§ 20, Absatz 16.

Leipzig. Anfügen: Das Urteil eines Schiedsgerichts wird rechtskräftig, wenn von einer der Parteien nicht innerhalb der im § 24 vorgesehenen Fristen Beschwerden erhoben werden. Ein noch nicht rechtskräftiges Urteil darf nicht vollstreckt werden. Das Ergebnis der Schiedsgerichtsverhandlung wird trotz der eingelegten Beschwerde bekannt gemacht, wenn dies vom Vorstand und Ausschuss übereinstimmend beschlossen wird, mit dem Zusatz, daß gegen die Entscheidung Beschwerde erhoben ist.

§ 23, Absatz 3.

Altenburg. Wie folgt zu fassen: Bevor die Einleitung des Verfahrens auf Ausschlichtung beschlossen wird, kann ein Prüfungsverfahren durch die Ortsverwaltung oder wenn diese den Antrag gestellt hat, durch den Vorstand stattfinden. Im Prüfungsverfahren kann die Angelegenheit, sofern beide Parteien zustimmen, durch Feststellung der Anklagepunkte und eine Erklärung, die eine weitere Verbandschädigung ausschließen soll, ferner durch Zurücknahme des Antrags auf Einleitung des Prüfungsverfahrens erledigt werden. Die Bestimmungen des § 20, Absatz 3 und 4 finden auf das Prüfungsverfahren keine Anwendung. Erscheint der Antragsteller nicht zum Prüfungstermin, so kann ohne ihn verhandelt und entschieden werden. Kann die Angelegenheit vor der Prüfungskommission nicht erledigt werden oder beinhaltet das Ergebnis der Prüfung eine Fortsetzung des Verfahrens, so ist der Antrag und das Protokoll an die Ortsverwaltung, und wenn diese Antragsteller ist, an den Vorstand abzugeben. Wird die Einleitung des Ausschlichtungsverfahrens im Anschluß an das Prüfungsverfahren beschlossen, so erfolgt ohne weiteres die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Wird von der Einsetzung einer Prüfungskommission Abstand genommen, ist dem Beschuldigten...

§ 25, Absatz 2.

Düdel, Schifferdecker, Stuttgart. Hinter den Worten „Rücktritt genommen werden“ anfügen: Sofern die Verwaltungstelle nach § 33, Absatz 5 ihre Beschlüsse in einer Vertreterversammlung faßt, werden die Besitzer durch diese gewählt.

§ 29, Absatz 3.

Düdel, Stuttgart. In der zweiten Zeile die Worte „oder Ehrenamt“ streichen.

§ 30, Absatz 2.

Leipzig. Die Generalversammlung beschließt, eine Prüfungskommission einzusetzen, die die Metallarbeiter-Zeitung in ihrem sachlichen Teil zu überwachen hat. Sie besteht aus fünf Kollegen, die von den Mitgliedern der Verwaltungstelle des Erscheinungsortes der Zeitung gewählt werden. Mitglieder des Vorstandes sind nicht wählbar.

Pries. Einsetzung einer Prüfungskommission, welche die redaktionelle Tätigkeit, die sich im Verbandsorgan ausdrückt, überwacht.

§ 31, Absatz 6.

Kiel. Württemberg. Folgenden neuen Absatz einfügen: Persönliche Streitigkeiten und Differenzen mit dem Bezirksleiter finden durch die in § 20 vorgesehene Weise ihre Erledigung. Der Klagenbereich ist die der Ortsverwaltung einzureichen, in dessen abgegrenztem Bereich sich die der Ortsverwaltung zugrundeliegenden Vormissionen abgeklärt haben. Dem Vorstand steht nicht das Recht zu, gegen die Durchführung eines Schiedsgerichtsverfahrens gegen einen Bezirksleiter Einspruch zu erheben.

Absatz 7.

Leipzig. Wie folgt fassen: Der Beirat setzt sich zusammen aus den besoldeten Mitgliedern des Vorstandes, dem ersten Redakteur — im Beiratsungsfall der zweite —, der jeweilige Vorsitzende des Ausschusses — im Beiratsungsfall dessen Stellvertreter —, je einem Bezirksleiter der elf Bezirke sowie je einem Vertreter der elf Bezirke, welche von den Generalversammlungsdelegierten der Bezirke mittels geheimer Abstimmung durch absolute Mehrheit auf die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt werden. Der Vorstand kann außer den besoldeten Vorstandsmitgliedern auch unbesoldete hinzuziehen. Bei größeren Bewegungen der Vertreter mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

§ 35, Absatz 3.

Chemnitz, Gruppe Feilenhauer. Statt 2000 zu setzen 3000.

§ 38, Absatz 11.

Leipzig. In der vorletzten Zeile das Wort „jedwede“ zu streichen.

Um Firtämer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. April der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. April 1915 fällig ist.

Berichtigung.

Der in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung auf Antrag einer Untersuchungskommission in Düsseldorf gerügte Kollege heißt nicht Max Lampach, sondern Max Lampf.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Postfach 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Postfach 16a; auf dem Postfachmittelpunkt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Berichte.

Metallarbeiter.

Hamburg. Am Sonntag dem 21. März 1915 wurde im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Verbandsverwaltung abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Generalsekretär B. Koch das Ableben von 12 Kollegen, sowie die Namen von 62 seit der Generalversammlung auf dem Schlachtfeld gefallenen Kollegen bekannt, die die Verbandsverwaltung in der üblichen Weise ehrt. Internationale Verbindungen der Gewerkschaften sprach dann der Verbandsvorsitzende Kollege A. Schilde. In seinen zweisprachigen Ausführungen, denen die Verbandsverwaltung mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, erörterte er die großen Aufgaben des Verbandes, die in der Abhaltung einer Generalversammlung in diesem Jahre besteht zu nennen. Kollege Schilde legte der Verbandsverwaltung die Gründe des Vorstands dar, er sei durch die Beschlüsse der Generalversammlung gebunden. Selbst dann wird der Vorstand auf der Generalversammlung bestehen, wenn auch der größte Teil der Mitglieder es wünschen sollte, daß die Generalversammlung nicht stattfinden sollte. Auf Grund der von Kollege Schilde gemachten Ausführungen lebte die Verbandsverwaltung mit großer Mehrheit den Antrag der Verwaltung an. Dann beschloß die Verbandsverwaltung, zur

Generalversammlung keinerlei Anträge zu stellen. Hierauf wurde Bericht erstattet über eine am 7. März bei Willers, Kollhöfen 27, abgehaltene Versammlung der Gelben bei Blohm & Voß. Nach dem Bericht des Vorsitzenden seitmann der Gelben sei der Zweck der Zusammenkunft gewesen, durch Richter den Herren Gelben ein Programm entwickeln zu lassen, wonach eine rege Agitation auf den Werften zur Werbung von Mitgliedern für die Gelben einsetzen müsse, um bei Kommunal- und Reichstagswahlen geschlossen gegen die Sozialdemokratie vorgehen zu können. Um die Werbetaft zu erhöhen, sollen zunächst Gesangsvereine gegründet werden (was auch seitmann als Dirigent empfahl), um Ausflüge und Festlichkeiten zu veranstalten. Da zur Verbreitung von Agitation auch ein bestimmter Vertrauensmännertkörper notwendig ist, aber in der Versammlung selbst niemand sich zu diesem Posten hergab, wurde seitmann ermächtigt, in den einzelnen Werken Vertrauensmännern zu ernennen. Bei dieser Aussprache wurde auch in bewegtem Tone Klage darüber geführt, daß die „Noten“ dem Richter jeden Pusch und Murks, den die „Gelben“ machen, unterbreiteten und wenn sie (die Gelben) sich dagegen wehrten, gab man den „Noten“ sogar noch Recht. Der Vorsitzende seitmann bemerkte hierzu, daß Klage daher, daß die „Noten“ bessere Arbeiter wären, und man es den Meistern nicht verdenken könne, wenn sie sich tüchtige Arbeiter halten. Aufgabe sei, daß man die tüchtigen Arbeiter den „Noten“ abträgnig mache und dem Wertverein zuführe, „dann erst gewinnen auch wir an Einfluß“. Nach Bekanntgabe des Vorsitzenden, daß er jede Woche 3 bis 4 mal bei Herrn Richter mit Beschwerden vorstellig werde, und zwar ohne Erfolg, war dieser Gegenstand erledigt. Bemerkte sei noch, daß ein recht junger „Kamerad“ der Gelben, ein Vaterlandsverteidiger, die Beschwerde gegen die „Noten“ dahingehend zu erledigen vorschlug, daß man ihnen „Kaffig in die Presse haut“. Unser Berichterstatter schloß: So sieht der „Burgfrieden“ der Gelben aus: Hoheiten als Kampfesart, um unter dem Zeichen des Burgfriedens und dem Schutz des Herrn Richter die Saat des Klassenhasses auszustreuen und bei künftigen Reichs- und Kommunalwahlen die Sozialdemokratie zu vernichten. Den Noten soll also mit Schlag und Trommel der Garaus gemacht werden, ein netter Kampf. Viel leicht nehmen die Gelben auch alle ihre verführten Arbeiter als „geiftige“ Kampfeswaffe mit. Die Verbandsverwaltung nahm, ost von stürmischer Heiterkeit unterbrochen, diesen Bericht entgegen. Nachdem der Kollege P. eine persönliche Beschwerde, die sich gegen den Kollegen K. richtete, der Verbandsverwaltung unterbreitet hatte, wurde vom Vorsitzenden die Versammlung geschlossen. Anmerkung: Gegen den Kollegen K., gegen den sich die Beschwerde des P. richtete, kann von der Verwaltung nichts unternommen werden, da er sich in englischer Gesangsvereine befindet.

Kiel. Über die wirtschaftlichen Verhältnisse Kiels in der Kriegszeit ist zu berichten, daß sich im Laufe der acht Monate, die der Krieg schon dauert, sehr vieles verändert hat. Lag vor dem Kriege das Bauhandwerk schon danieder, so kann jetzt überhaupt von einer Bau-tätigkeit nicht mehr geredet werden. Gut beschäftigt sind nur noch die Werften und die übrige Metallindustrie. Diese Betriebe weisen gegenüber dem Juli 1914 einen erhöhten Stand von Arbeitern auf. Doch sieht man, wenn man die Zahlen mit den Zahlen vom Oktober 1914 vergleicht, eine ziemlich starke Abnahme. Nun steht weiter fest, daß die Aufträge für die Werften nicht zurückgegangen sind. Es muß also eine andere Ursache mitsprechen, die schuld ist, daß das Arbeitsverhältnis sich verschoben hat. Eingezogen sind von den Werften auch nicht so viele, da die meisten mit Fahmötzen arbeiten. Wenn wir uns die Zureise vom August, September und Oktober vor Augen führen und die jegige, dann findet man weiter, daß jetzt eine sehr große Stille eingetreten ist. Diese ist zurückzuführen auf die besseren Geschäftsverhältnisse im Innern Deutschlands. Aber nicht allein, daß jetzt viel weniger Arbeiter zureisen, es ist seit November und den letzten Monaten eine große Zahl der Arbeiter wieder von Kiel abgereist. Diese Abreise ist nun nicht etwa aus dem Grunde erfolgt, weil die in Frage kommenden Arbeiter nicht arbeiten wollten, sondern einmal — wie wir schon anführten — weil die Arbeitsverhältnisse sich im Innern Deutschlands gebessert haben und dann, weil die inländischen Arbeiter mit den Verdiensten, wie sie hier auf den Werften erzielt werden, nicht zureisen können. Man mag sagen, na, die Werftarbeiter haben doch Tag und Nacht gearbeitet, die müssen doch nur so im Gelde schwimmen. Es steht ja fest, daß sehr viele überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit geleistet worden ist, und zwar bis zur völligen Erschöpfung der Leute. Es trifft auch weiter zu, daß jetzt noch eine große Zahl von überstunden und Sonntagsarbeit geleistet werden muß; aber zum Schluß will der Mensch und auch der Arbeiter doch nicht das, was er zum Lebensunterhalt gebraucht, nur durch überstundenarbeit und übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft verdienen. Es steht weiter fest, daß die Lebensmittelpreise hier in Kiel im Januar schon um 30 Prozent gestiegen waren und jetzt dürften sie um 45 bis 50 Prozent gestiegen sein. Wenn nun festgestellt wurde, daß es den Arbeitern auf den Werften durch mehr geleistete Arbeitszeit möglich war, ihren Verdienst zum Teil auf 20 bis 25 Prozent zu erhöhen, so bleibt bei dem verteuerten Lebensunterhalt doch noch ein ziemliches Loch auszufüllen. Und da hätte man erwarten können, daß die Wünsche der Arbeiter mehr Gehör gefunden hätten, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Das Reichsmarineamt hat, wie schon bekannt gegeben, für die in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter eine kleine Zulage gewährt. Für die in Accord arbeitenden ist aber keine Zulage erfolgt. Man sagt freilich in einem Tagesbefehl an die Werftarbeiter, daß in bezug auf den Prozentfuß über den Lohn im Accord keine Grenze gesetzt sein soll. Auch spricht man in diesem Tagesbefehl davon, daß die Accordarbeiter unterzogen werden sollen. Von einer Verbesserung der schlecht gestellten Accord hört man aber nichts! Nun ist es den Arbeitern unter Umständen möglich, bei diesem oder jenem Accord einen höheren Prozentfuß herauszuholen. Es hat sich aber gezeigt, daß dieses Mehrverdienstmotiv der Arbeiter von den Direktoren der Werften stets schlecht belohnt wurde, und zwar in der Richtung, daß die Accordpreise gekürzt wurden. Die größere geistige und körperliche Anstrengung brachte also für die Arbeiter eine sehr schlechte Vergütung. Da ist es zu verstehen, wenn die Arbeiter auf die jetzigen Verhältnisse nicht allzu fest bauen. Von dem Herrn Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft wurde bei der Beratung der Eingabe den Arbeitern gesagt, daß die neu eingestellten Arbeiter gleich mit einem höheren Lohnfuß eingestellt werden sollen. Das hat ja etwas für sich, für die einheimischen Arbeiter bedeutet es aber doch keinen Mehrverdienst, im Gegenteil, unter Umständen noch eine Schwächung ihres Verdienstes, denn sie müssen in den Kolonnen jetzt oftmals mit Leuten zusammenarbeiten, die von der Werftarbeit überhaupt nichts verstehen, und da die Accordpreise die gleichen sind wie früher, so ist das Resultat: weniger Verdienst für die alten Leute. Dies hätte sich die Direktion doch auch sagen müssen. Weiter müssen wir die Ansicht des Herrn Oberwerftdirektors zurückweisen, wenn er sagte, daß der Vorstand der Arbeiter in Kiel noch nicht so groß sein könnte, da in der Holstenstraße die Frauen vor dem Lokal einer Wägerei standen und sich dort Weisbröt holten. Wenn der Herr Berichterstatter des Herrn Oberwerftdirektors etwas mehr logisches Verständnis hätte, dann müßte er erkennen, weswegen die Frauen das alte Brot von Steffen geholt haben. Doch nur deswegen, weil sie das Weisbröt in dieser Bäckerei, da es altes Brot war, billiger bekommen! Da, wie ein Beamter den Arbeitern gesagt hat, die Suben und die Händler die Preise für Lebensmittel höher setzen, wenn die Arbeiter Lohnzulagen bekommen, wissen wir nicht, das ist aber jedenfalls nicht abzuleiten, daß ohne Lohnzulagen die Preise schon recht hoch sind. Ebenso wie die Arbeiter der kaiserlichen Betriebe haben auch die Arbeiter der anderen Werften mit ihren Wünschen schlecht abgeschnitten. Die Direktion der Germania Werft erkannte an, daß das Leben in Kiel teurer geworden sei, sie betonte aber weiter, daß sie nicht imstande sei, dieser Preissteigerung mit Lohnanhebungen folgen zu können. Die Werft betonte für die Aufträge, die meist älteren Datums seien, jetzt auch nicht mehr, sondern nur soweit, wie sich die Produktion durch überstunden und Sonntagsarbeit verteuere. Man wolle aber die Verdiensthälftigkeit der Lohnarbeiter einer genaueren Prüfung unterziehen und diese Arbeiter sollten möglichst zu Accordarbeiten herangezogen werden; soweit dies nicht möglich sei, würden die Leute für die Zukunft mehr

zu überstunden herangezogen werden. Mit dem Mehrverdienst der Arbeiter scheint es aber vorläufig noch schlecht bestellt zu sein, denn wie uns mitgeteilt wurde, haben die Leute von den Mehrverdiensten noch nichts gemerkt. Es hat den Anschein, als ob es wieder so gehe, wie so oft, daß die Direktion Vorkaufungen macht, die aber von den unteren Organen einfach nicht beachtet oder übergangen werden! Wenn die Direktionen aber darüber klagen, daß so viele Arbeiter abgereist sind, und glauben, daß es notwendig sei, daß Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Arbeiter mehr auf dem Arbeitsplatz zu halten, so müssen wir auch heute wieder betonen, sie haben es selbst mit verschuldet, daß die Zugereisten hier nicht zu halten waren. Es steht weiter fest, daß die Produktion dadurch auch nicht verbilligt wurde, daß man erst die Laufende hat laufen lassen und jetzt die von der Front Kommenden nehmen muß. Denn bei diesen hat sich jetzt schon herausgestellt, daß auch sie mit ihrem Verdienst nicht zufrieden sind. Es ist dies auch ganz erklärlich. Diese Leute sind ja ebenfalls nicht auf Werksarbeit eingearbeitet. Sie werden nun diesen und jenen Kolonnen zugeteilt und die Unzufriedenheit der alten Leute wird um so größer, da die Akkorde nicht erhöht werden. Man redet in den bürgerlichen Blättern immer so viel von den Maßnahmen der englischen Regierung gegen die Streikenden. Bei uns in Deutschland wird nicht gestreikt und die Verhältnisse sind das Gegenteil von dem, was die Unternehmer sich nicht besser als in Feindesland. Im Gegenteil, viele untere Beamte und sonstige Grenzgehilfe haben sich während der Kriegszeit gegen die Arbeiter Ausdrücke erlaubt, für die sie keine Vorbeeren einheimen können. Wir wollen hier heute den Fabrikanten nicht weiterpöbeln, denn der Burgfriede soll ja gewahrt werden, zu bedauern ist es aber aufs äußerste, daß man so gegen den Arbeiter aufgetreten ist. Auf den Hombaldtwerken wie auf der Germaniawerft haben die Arbeiter wohl teilweise Lohnzulagen erhalten. Da die Akkordpreise aber so gestellt sind, daß sie keine höheren Prozente zulassen, so ist den Arbeitern nicht viel geholfen. Auch da wurde betont, daß man dafür sorgen wolle, daß die Arbeiter recht viele überstunden machen könnten. Bei der Firma Anschütz hat man den Arbeitern die Stunde 5 Zuzulage gegeben. Bei der Firma Kneufeld hat man wohl Lohnzulagen gegeben, von einer Leerungszulage kann aber, obgleich die Firma recht gut beschäftigt ist, nicht geredet werden. Bei Bohm & Köhler hat man Lohnzulagen und höhere Verrechnung des Akkordverdienstes gegeben, auch hat man sehr hohen, bei Mehrverdienst keine Abzüge machen zu wollen. Sonst sind die Verdiensthverhältnisse der Arbeiter die gleichen, wie vor dem Kriege. In der Torpedowerkstatt Friedrichshagen hat man teilweise Lohnzulagen gegeben, als aber von maßgebender Stelle der Kaiserlichen Werft Vorhaltungen gemacht wurden, da sind die Lohnzulagen eingestellt worden. Die Erhöhung der Akkordpreise ist wohl erwogen worden, geschahen ist sie aber noch nicht. Da sich nun - mit Ausnahme der Mehreinnahmen der Marinebeamten - die Einnahmen der großen Masse der Einwohner von Kiel nicht erhöhten, so ist zu verstehen, daß das Wirtschaftleben in Kiel durchaus nicht so gut ist. Die Geschäftsleute dürften es am meisten büßen, was der Krieg mit sich bringt, denn wo das zum Lebensunterhalt Notwendigste so sehr verteuert ist, liegt es auf der Hand, daß für den Unterhalt nur das gekauft wird, was unbedingt nötig ist. Wenn die Lebensverhältnisse in Kiel vielleicht auch etwas besser sind als in den anderen Städten Deutschlands, so berechtigt dies noch lange nicht zu den festen Hinweisen, daß, wenn es den Arbeitern hier nicht gefällt, sie in die Schützengräben oder wo anders hingehen sollen, denn die Klagen, die diese Lebensarten immer im Munde führen, haben sich bisher noch nicht angeboten, das gleiche zu tun. Die Sache steht ja auch so, daß unsere Soldaten ohne Kriegsmaterial nicht kämpfen können, und wenn alle Arbeiter kämen und sagten: „Out, geht uns Waffen, auch wir ziehen hinaus!“ dann dürfte sich bald zeigen, daß Deutschland überhaupt nicht imstande ist, den vereinten Feinden die Stirn bieten zu können. Zum Schluss möchten wir den dringenden Wunsch aussprechen, daß die maßgebenden Stellen unsere Ausführungen eingehend zum Studium nehmen und recht bald fürsorge treffen, daß die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser werden. Der gesamten Arbeiterchaft ist aber dringend zu raten, alles aufzubieten, damit ihre Reihen geschlossen bleiben in der gewerkschaftlichen Organisation.

Sölingen. In unserer Kreisversammlung gab Kollege Rapp die Namen von 64 Kollegen bekannt, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind. Zu ihrer Ehrung erhoben sich die Anwesenden von den Sitzen. Kollege Specht erläuterte den Kasernenbericht für 1914. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 334424,99 M. Für Erwerbslosenunterstützung sind 226.119,45 M. für Streifenunterstützung 37439,90 M. bezahlt worden. Der Streif der Waffenarbeiter kostete rund 35000 M. Kollege Rapp besprach die Mitgliederbewegung. Die Zahlen beweisen, daß unsere Verwaltungsfälle noch gut abgelaufen sind. Aus dem Kriegshilfsfonds sind hier vom Verband 702381,88 M. an bedürftige Kollegen geteilt worden. Zu dieser Summe sind bis zum 31. Dezember 1914 von unseren Verbandsbeamten am Orte 1880 M. aufgebracht worden. Die Opferwilligkeit der Kollegen, die in Arbeit stehen, ließ dagegen sehr viel zu wünschen übrig. Zum Geschäftsbericht führte Kollege Rapp folgendes aus: Es erübrigt sich wohl, davon zu reden, was vor dem Kriege gewesen ist, weil hierüber an anderen Stellen schon berichtet wurde. Bei Ausbruch des Krieges waren wir uns darüber klar, daß einschneidende Veränderungen in mancher Beziehung eintreten würden. Unser Verkehr mit Vorstand und Bezirksleitung war sehr erschwert. Dadurch erhielten wir erst Mitte August Kenntnis von den Maßnahmen, die der Vorstand für die Dauer des Krieges angeordnet hatte. Diese Maßnahmen bedeuten zweifellos eine Härte und es war auch keiner unserer Angehörten damit einverstanden. Wir haben uns deshalb auch an den Vorstand gewandt, allerdings ohne Erfolg. Durch eine Aussprache mit der Bezirksleitung ist nachher doch manches herausgeholt worden. Wir haben alles getan, was möglich war, den Beschläffen und Anordnungen des Vorstandes müssen wir uns aber fügen. Mit gutem Erfolg haben wir uns an die Behörden um Vergebung von Arbeiten nach Sölingen gewandt. Obwohl nun die Militärverwaltung den Unternehmern einen Ausschlag von 25 Prozent zahlte, erhielten trotzdem die Arbeiter größtenteils nicht mehr; einzelne Unternehmer gingen sogar zu Lohnkürzungen über. Aus diesem Grunde und weil alle anderen Schritte ergebnislos waren, wandten wir uns beschwerdeführend an das Generalkommando des VII. Armeekorps. Das Generalkommando hat die Beschwerden dem hiesigen Gewerbeamt übergeben. Es handelte sich um die Firmen Verlen & Großmann in Wald, Rastor, Rorten & Schert in Ohligs und Hugo Sinder in Sölingen. Die Firma Verlen wurde durch das Generalkommando veranlaßt, die tariflichen Preise zu zahlen. In der Verhandlung vor dem Gewerbeamt wurde erreicht, daß sich die Firma Rastor verpflichtete, die tariflichen Preise zu zahlen und eine Buße von 250 M. an das Rote Kreuz zu leisten. Die Firma Rorten & Schert will sich den Beschläffen einer möglichst schnell durch Herrn Dr. Hornung zusammenberufenen Vergleichsstammerversammlung fügen. Die Firma Hugo Sinder hatte zunächst bestritten, überhaupt Abzüge gemacht zu haben. In der Verhandlung berief sie sich auf eine von dem Meister Willstein an Gidesfrat abgegebene schriftliche Erklärung, wonach eine Einigung mit den Formern über die Abzüge vorher stattgefunden hätte. Die Sache wurde zur Gegenüberstellung verlag. Unterdessen hat nun die Firma dem Gewerbeamt die Mitteilung gemacht, daß die Sache für sie erledigt sei und sie zur neuen Verhandlung nicht erscheinen werde. Wir haben nun dem Gewerbeamt zu der Erklärung des Meisters Willstein eine von den damaligen Formern der Firma Sinder unterzeichnete eidesstattliche Gegenerklärung gegeben. Die Entscheidung liegt nun beim Generalkommando und sie dürfte günstig für uns ausfallen. In der Verhandlung wurde von den belangten Firmen, besonders von der Firma Rorten & Schert, behauptet, ich (Rapp) hätte der Firma Verlen einen betragsmäßigen Lohnabzug zugestanden. Sekretär Eidecke wies aber sofort die Unrichtigkeit dieser Behauptung nach. Die Firma Großmann in Wald wurde ebenfalls verpflichtet, den Tarif zu zahlen. Es ist alles geschehen, um Lohnkürzungen vorzubeugen und geschädigte rückgängig zu machen. Dies wird auch weiter so durchgeführt werden. Kollege Rapp ging dann noch kurz auf die Beschwerde gegen den Industriearbeiterverband ein und verwies

hierüber auf unsern Jahresbericht. Auf die von Kollege Paul Kaiser gestellte Frage über die Kosten unserer Verwaltungsfälle erwiderte Rapp: Wir sind bestrebt, die Verwaltung so billig wie möglich zu machen. Nach einer Zusammenstellung der Bezirksleitung gehört Sölingen zu den billigsten Verwaltungsfällen des letzten Bezirks. Der Kollege Söffgen ist nach Stuttgart beurlaubt. Wir haben jetzt vier Unterassistenten weniger. Um die Verwaltung noch weiter zu verbilligen, haben wir von einer Neuanstellung Abstand genommen. Dafür haben wir die 14 tägliche Beitragskassierung eingeführt. Sollte sich diese bewähren, dann werden wir sie später beibehalten. Zur Agitation ist zu bemerken, daß diese in den Abrechnungen sehr teuer erscheint. In Wirklichkeit ist sie aber seit 1910 von Jahr zu Jahr billiger geworden. Seit 1. April 1910 werden nämlich die Anzeigen mit für Agitation verbucht, daher fehlen die Ausgaben für Agitation auch sehr hoch aus. — Der Arbeitersekretär Genosse Weber ist zum Militär eingezogen worden. Eine Sitzung des Gewerkschaftskartells, welche im September stattfand, betraute den Vorsitzenden des Kartells, Kollegen Heilmann, mit der Vertretung des Genossen Webers. Frend eine Mitteilung ist uns von seiner Seite gemacht worden. Die Sprechstunden des Sekretariats sind von 4 bis 6 Uhr festgelegt worden. Eine derartige Vertretung ist durchaus ungenügend. Bei derartigen wichtigen Fragen mußte unter allen Umständen eine Besprechung mit den Gewerkschaftsvorständen stattfinden. Dieses ist früher immer geschehen. Die Ortsverwaltung hat sich mit der Sache befaßt und hat die Auffassung, daß wir als größte Organisation, welche weitläufig am meisten zur Erhaltung des Sekretariats beiträgt, verlangen können, daß die Interessen unserer ratsuchenden Kollegen gewahrt werden. Wie die Dinge liegen, wäre der Kollege Seeger sehr gut in der Lage, die Vertretung von Weber zu übernehmen. Die Ortsverwaltung unterbreitet deshalb einen Antrag, um die Sache zur Sprache zu bringen. Zum Schluss betonte Kollege Rapp, daß wir mit vollem Eifer an den weiteren Ausbau unserer Organisation herantreten müssen. Jetzt erst sei es doppelt notwendig, daß jedes Mitglied seine Pflicht tue. Kollege Kaiser erklärte, daß er gegen die Geschäftsleitung nichts einzuwenden hätte, er erkenne diese voll an. Er freute sich darüber und glaube auch, daß die Geschäftsleitung alles tue, um die Verwaltung zu verbilligen. Zu den Maßnahmen des Vorstandes bemerkte Redner, daß sich die Geschäftsleitung diesen Anordnungen hätte fügen müssen. Mit der Erledigung des Arbeitersekretariats ist er ebenfalls nicht zufrieden. Hier muß versucht werden, daß eine Verständigung zustande kommt. Kollege Weber wendet sich gegen die Schreibweise von Fritz Kummer. Ferner gibt er einige Lohnabzüge in den Waffenfabriken bekannt. Kollege Stiemle ist der Meinung, die Kollegen müßten bei Abzügen durch die Unternehmer die mehr Mut zeigen. Kollege Rapp soll eine Sitzung des Kartells beantragen, damit die Sache des Arbeitersekretariats geregelt wird. Kollege Rapp: Als im September die Vertretung des Genossen Weber zur Sprache kam, konnte von den Delegierten keiner wissen, was kommen würde. Zu der letzten Kartellauflösung habe er die Einladung zu spät erhalten. Ich habe Schritte unternommen, damit eine Sitzung des Kartells einberufen wird. An der Debatte beteiligen sich noch die Kollegen Baermann, Rapp, Seeger, Kaiser und Rapp. Nachstehender Antrag von Paul Kaiser wird einstimmig angenommen: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kartellsitzung zu beantragen mit den Vorständen, welche die unhalbbaren Verhältnisse des Arbeitersekretariats zu beraten und zu ändern hat.“ Zur XII. ordentlichen Generalversammlung wurde ein Antrag angenommen, die Entschleunigung des Hauptvorstandes zu Anfang des Krieges über den § 10 Absatz 7 unseres Verbandsstatuts aufzuheben und dafür die alten Rechte der Mitglieder bei Arbeitslosigkeit wieder herzustellen.“ Ferner lag ein Antrag der Ortsverwaltung an die Generalversammlung vor, „den § 11 unseres Verbandsstatuts wieder voll in Kraft zu setzen.“ Auch dem Frankfurter Antrag auf Nichtabhaltung der XII. ordentlichen Generalversammlung stimmte die Versammlung zu. — Damit war die Tagesordnung der Kreisversammlung erledigt. (Die im Bericht durch Sperrdruck hervorgehobenen Stellen über das Arbeitersekretariat hat uns die Schriftleitung der Bergischen Arbeiterstimme gestrichen. Dafür brachte sie an anderen Tagen folgenden „Nachtrag“: „Ein Teilnehmer an der Kreisversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, über die wir gestern einen Bericht brachten, schreibt uns: Berichtigung. Im gestrigen Bericht über die Kreisversammlung unserer Verwaltungsfälle verspricht der Berichterstatter der Öffentlichkeit Vorgänge, die, weil sich ihre Vorgeschichte in der Presse abge spielt hat, auch in der Presse behandelt werden sollten. Am 17. Dezember 1914 nahm die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ Stellung zu dem Verhalten der hiesigen Verwaltungsfälle des Brauereiarbeiter-Verbandes und des Metallarbeiter-Verbandes, bei Stetbefällen von Vorstandsmitgliedern und bei ähnlichen Anlässen verhältnismäßig hohe Aufwendungen zu machen. Unser Blatt stellte fest, daß die Gelder der Organisation gerade während der Kriegszeit zu anderen Zwecken besser zu gebrauchen seien. Von der Sölinger Verwaltung wurde diese Notiz in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und daran folgender Satz geknüpft: „Diese Notiz in der „Bergischen Arbeiterstimme“ ist vom Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann geschrieben. Aus diesem Grunde knüpfen wir keine Bemerkung daran.“ Zu diesen Vorgängen wurde in der Kreisversammlung Stellung genommen und erklärt, daß gerade der letzte Satz es sei, der die Mitglieder zwingt, Stellung zu nehmen. Nachdem in der Versammlung durch Frage festgestellt worden war, daß sich die Verwaltung neben der Anzeige auch noch eine Deputation nach Stuttgart erlaubt hatte, verurteilten die Kollegen Weber und Kaiser das Verhalten der Verwaltung in dieser Frage in scharfer Weise. Kollege Kaiser bezeichnete das Anhängeln zu der Notiz in der „Metallarbeiter-Zeitung“ als eine grobe Taktlosigkeit und stellte diesen Antrag: „Bei Stetbefällen von Verbandskollegen sind der Verwaltung Ausgaben nur gestattet, wenn Kollegen der hiesigen Verwaltung in Frage kommen.“ Dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen.“ — Das Beispiel, das die Arbeiterstimme mit diesem „Nachtrag“ gibt, kann ihr noch übel ausfallen. Sie braucht sich nicht zu wundern, wenn in Zukunft jeder Diskussionsredner seine Ausführungen als Nachtrag einleitet. Unser Satz vom Januar in der Metallarbeiter-Zeitung hat uns Schwarz getrieben. Das war kein Blindgänger wie der „Nachtrag“ zur Kreisversammlung. Wir hatten diesen Antrag in dem Bericht deshalb nicht gebracht, weil wir dem Antragsteller und den 18 Kollegen, die für den Antrag stimmten, die öffentliche Bloßstellung ersparen wollten.)

Rundschau.
Ein Rundschreiben des bayrischen Metallindustriellenverbandes.
B. B. M. Nr. 38.
Streng vertraulich.
Betreff: Wettbewerb bei Beschaffung von Arbeitskräften.
Nürnberg, den 20. März 1915.
An unsere Mitglieder!
Der Arbeitersekretär des Reichsmarineamts hat unterm 22. Februar 1915 dem Kriegsausführender deutschen Industrie nahegelegt, die beteiligte Industrie zu bewegen, das Inferieren nach Sacharbeitern, namentlich Drechern, Schloßern, Maschinenbauern, Kupferknechteln, Mettern usw. gegen das Versprechen hohen Verdienstes zu unterlassen, weil dadurch nur wieder anderen Firmen, welche gleichfalls Kriegsaufträge zu erledigen haben, die Arbeitskräfte entzogen werden und eine ungefundne Lohnreibung verursacht wird.
Die in den letzten Wochen ganz besonders in die Erscheinung getretene Unrast der Arbeiter und deren fortgesetzter Wechsel sind wesentlich auf das Verhalten der Firmen selbst, welche nach Mitteilung des Kriegsausführes Nr. 35 damit auch das Hinanführen der Lohnansprüche weit über das berechnigte Maß hinaus herbeigeführt haben, zurückzuführen.

Dieser gegenseitige Wettbewerb bei der Arbeiterbeschaffung zeitigt nicht bloß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, sondern vor allem auch bei der Rückkehr ruhigerer Verhältnisse große Schwierigkeiten.

Deshalb hat auch die Nürnberger Vertrauenskommission des B. B. M. am 15. März beschloffen, gegenüber der Praxis einzelner Firmen darauf zu bestehen, daß das unmittelbare Inferieren der Mitglieder wie bisher so auch künftig nicht aufgegeben werden kann, ebensowenig wie die unmittelbare Benützung der städtischen und sonstigen Arbeitsnachweise; vielmehr soll die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte unbedingt durch unsere Arbeitsnachweise gehen, welche, soweit veranlaßt, auch inferieren werden.

Durch die verordnungsgemäße Überweisung der binnen zwei Tagen nicht besetzten Stellen an das städtische Arbeitsamt ist auch die Einmischung der bei diesen allein angemeldeten Arbeitskräfte gewährleistet; außerdem können unsere Arbeitsnachweise im Falle vorbringlichen Bedürfnisses sich auch an andere Nachweise um Zusendung von dort angemeldeten Arbeitskräften an unsere Nachweise wenden.

All dies soll aber den Nachweisen des B. B. M. überlassen, ein direktes Vorgehen der Mitglieder aber ausgeschlossen sein.

Mit dem dringenden Ersuchen um gefl. Beachtung dieser Gesichtspunkte wird dies zur Kenntnis gebracht.

Die Geschäftsstelle.

Die Herren von der „Geschäftsstelle“ fühlen selbst, daß ihre Handlungsweise das Licht der Öffentlichkeit nicht verträgt, darum das „Streng vertraulich“. Die militärischen Behörden erleben aber daraus, welchen Mißbrauch mit ihren Erlässen die Unternehmer treiben. Dieselben Unternehmer, die sich nicht scheuen, für ihre Lieferungen an die Militärbehörden möglichst hohe Gewinne einzufahren. Wenn die Unternehmer „große Schwierigkeiten bei der Rückkehr ruhigerer Verhältnisse erwarten“, so wird dafür nicht am wenigsten gerade ihr Verhalten gegen die Arbeiter während der Kriegszeit bestimmend sein.

Die vielbegehrten Dreher.
Aus Dortmund wird uns geschrieben: Hier im Westen Deutschlands kann man zurzeit oft schwere Seufzer von Leuten vernehmen, die sich die Welt anklagen, daß sie in unserer Kriegszeit nicht zum Heil der Welt als Granatendreher wirksam sein können. Einer sagt es dem andern und immer größer werden die Summen angegeben, die die Dreher heute verdienen sollen. Allerdings ist hier im Westen die Metallindustrie gut beschäftigt, besonders Dreher werden viel verlangt. Das hat dann zur Folge, daß die Unternehmer ihre altgewohnte Behandlungsart einer mehr oder weniger umfassenden Änderung unterziehen müssen. Am Gewerbeamt sprach ein Unternehmer von den „Herren Drehern“, denen man alles Liebe und Gute zukommen lasse und die dann doch austrücken, wenn sie anderwärts mehr verdienen könnten. Ein anderer Unternehmer der Metallindustrie klagte, wenn durch Zeitungsanzeigen Leute gesucht würden, kämen Agenten fremder Firmen und schnappten die Leute vor der Nase weg. Von einem Trupp in Leipzig angeworbener Arbeiter habe ein einziger angefangen! Einer der begehrten Dreher brachte bei einer Klage am Gewerbeamt vor, er sei von einer Firma, wo er gute Arbeit gehabt, mit der Zustimmung weggeholt worden, daß er den Abzug für den Vertragsbruch zurückverlangt bekomme, wenn er gleich „in den Sack hawe“ und bei der anderen Firma anfange, er habe die Strafe dann auch später von der Firma, die ihn geholt, ersetzt bekommen. Die Angaben des Arbeiters wurden nicht bestritten.

Gegen die Union der Deutsch-Lugoburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft klagte ein Arbeiter, dem sechs Schichtlöhne abgezogen worden waren. Er hat an der linken Hand nur drei Finger, wovon noch einer feil ist. Der Mann sollte Granaten im Gewicht von etwa 80 Pfund drehen. Die Stücke mußten vom Boden aufgehoben und eingepaßt werden. Der Dreher, der erst leichtere Arbeiten gemacht hatte, erklärte, daß er der verbliebenen Hand wegen die schweren Granaten nicht befördern könne. Weil es keine andere Arbeit gab, ging das Arbeitsverhältnis in die Brüche. Ein als Gutachter geladener Gerichtsarzt gab an, der Arbeiter könne die Arbeit wohl machen, doch könne man ihm nicht zureuten, in Akkord zu arbeiten, weil er dann nicht mitkomme. Die tragliche Arbeit ist zwar in Zogelohngemacht worden, doch war die Einführung von Akkordarbeit vorgesehen. Der Vertreter des Werks gab an, der Kläger habe auch bei seiner verminderten Erwerbsfähigkeit noch einen guten Lohn verdient, die Granatendreher verdienen zurzeit 25 M. den Tag! Für das Stück habe es 25 Z gegeben und hundert Stück seien in der Schicht gemacht worden. Ein als Zeuge geladener Drehermeister erklärte dagegen, es gebe jetzt nur noch 15 Z. Auch die Zahl der Granaten, die er als höchsterleistungsgang, blieb bedeutend unter hundert, so daß als höchsterrechter Lohn danach etwa die Hälfte von dem Betrag herauskam, den der Werksvertreter fröhlichweg die, also alle Dreher, verdienen ließ! In der Sache kam ein Vergleich zustande, wonach dem Arbeiter 25 M. ausbezahlt wurden. Wenn schon ein Werksvertreter bei der Angabe der Dreherlöhne so böß daneben haut, kann man einen Schluß ziehen, wie zuverlässig die Angaben von Gevatter Schneider und Hand- schuhmacher sein mögen, die jetzt in der Öffentlichkeit herumspuken.

Gewerkschaftliches.
Holzarbeiter. Die Holzarbeiter-Zeitung hatte in ihrer Nr. 49 vom vorigen Jahre die für einen deutschen Gewerkschafter selbstverständliche Ansicht vertreten, daß ungeachtet aller Abscheus gegen den Krieg und unter voller Wahrung der bisher vertretenen Grundsätze der deutschen Arbeiterschaft und ihren Einrichtungen nichts schlimmeres widerfahren könne, als unter die russische Krone zu kommen. Das hatte der Holzarbeiter-Zeitung den Born ihres schweizerischen Bruders Blattes zugezogen. Dieses schrieb darauf in der bequemen „Objektivität“, die sich dann leicht einfüellen pflegt, wenn ihr Verdüßlicher selber vor jeder Gefahr sicher ist, daß es gleichgültig sein müßte, ob die Grenzpfähle weiter nach Osten oder nach Westen verschoben würden, da die Bestrebungen nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. im preussisch-deutschen „Kulturstaat“ mindestens mit derselben Gewalt, vielleicht nur mit etwas raffinierteren Mitteln unterdrückt werden, wie in dem absolutistisch regierten Staat des Väterchen Nikolaus“. Die Holzarbeiter-Zeitung versuchte, die schweizerische Holzarbeiter-Zeitung über die Unrichtigkeit ihrer Auffassung aufzuklären und Genosse Leipart, der Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter, stellte in der Nr. 1 des von ihm herausgegebenen „Bulletin“ von diesem Jahre verschiedene auf den Krieg bezügliche Äußerungen aus Organisationen zusammen, die der Internationale angehören. Darunter befand sich auch die Auslassung der Holzarbeiter-Zeitung, die den Unwillen ihrer schweizerischen Kollegin erregt hatte. Besonders wenig war der für die französische Schweiz angestellte Verbandssekretär Pauli, der auch den französischen Teil der schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung leitet. Dieser wunderte sich in Nr. 8 des Blattes, „heute gewisse syndikalistische Führer zu sehen, wie sie sich im nationalstychen und patriotischen Schlamm rollen“. Dann brachte er einen Auszug aus dem, was die Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 49 geschrieben hatte, rempelle deswegen aber den Genossen Leipart an, indem er dazu bemerkte: „Es ist entschieden eine heille Sache, einen Chauvinismus, der chauvinistischer als der Kaiser ist, durch unsern internationalen Sekretär ausgedrückt zu hören. Er gehört ganz sicher nicht mehr auf seinen Platz.“ Leipart wandte sich beschwerdeführend an den Vorstand des schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes. Dieser erwiderte nach längerer Zeit, daß er Pauli erucht habe, zu berichtigen, daß die von ihm geäußerten Äußerungen nicht von Leipart, sondern von der Holzarbeiter-Zeitung stammen. Im übrigen könne der Vorstand die Haltung der deutschen Gewerkschaftsführer gleichfalls nicht billigen. Die Berichtigung“ erschien in Nr. 12. Pauli fügte aber noch längere Bemerkungen hinzu über „übermütigen Chauvinismus, hingepflanzte, maßlose Phrasen, Überläufer“ usw. Leipart bestritt, der Verfasser des Artikels zu sein. In diesem Falle müßte der Vorstand sich gegen die Redaktion des genannten Blattes wenden. Diese Bericht-

tigung sei indessen nur ein formeller Akt, denn sie könne den Sekretär nicht von den Anlagen befreien. Daß die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften während des Krieges vollständig mit dem Gesichtspunkte des internationalen Sekretärs übereinstimme, gehe zur Genüge aus den früheren Erklärungen, die er selbst unterzeichnet habe, hervor.

Nunmehr untersucht die Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 14, wie weit Pauli berechtigt ist, solche Vorwürfe gegen den internationalen Sekretär der Holzarbeiter zu erheben. In dieser Eigenschaft hat Pauli nur ein einzigesmal eine Erklärung erlassen, die sich mit dem Kriege beschäftigt und diese Erklärung hat die schweizerische Holzarbeiter-Zeitung ihren Lesern vorenthalten, obgleich sie schon im vorigen Jahre gefahren ist. Dieses Verfahren nagelt die deutsche Holzarbeiter-Zeitung mit gebührender Deutlichkeit an. Um aber nichts unversucht zu lassen, im Ausland das Verständnis für ihre gegenwärtige Stellungnahme zu erleichtern, faßt die Holzarbeiter-Zeitung ihre Gründe dafür noch einmal kurz zusammen. Sie schließt dann folgendermaßen:

„Hart an den Grenzen in West und Ost liegen die Hauptlebensadern unseres Wirtschaftskörpers, die wichtigsten Industriezentren. Bei einer Niederlage Deutschlands stehen sie in Gefahr, der Annerktion zu verfallen, und damit würde die deutsche Arbeiterschaft wirtschaftlich und kulturell um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen. Wenn wir uns mit allen Fasern unseres Herzens gegen dieses Schicksal sträuben, wenn wir uns mit allen Volksgenossen verbinden, um diese Gefahr von uns und dem Lande abzuwenden, so ist das wahrlich kein Kurrapatriotismus, sondern die Befechtung ureigner Lebensinteressen.“

Von den Genossen im neutralen Ausland können wir nicht verlangen, daß sie unsere Empfindungen teilen, wir können ihnen auch nicht vorschreiben, ob und wessen der kriegführenden Staaten sie ihre Sympathien zuwenden sollen. Nur Objektivität und Gerechtigkeit beanspruchen wir. Diese Eigenschaften aber läßt die schweizerische Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Kritik unserer Haltung vollständig vermissen. Sie stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf, wenn sie schreibt:

In keinem andern Lande als Deutschland mißbrauchen aber die Organe der Arbeiterorganisationen seit Anfang des Krieges in einem solchen Grade die sinnlosen Worte „Vaterland“, „nationale Ehre“, „Würde der Nation“, sie sprechen nicht einmal davon.

Und wenn uns dann gar schon die französischen Organe als Musterbeispiele vorgeführt werden — da hört denn doch verschiedenes auf! Ist denn braven Kollegen Pauli unbekannt, daß die französischen sozialistischen Abgeordneten ohne jede Ausnahme für den Krieg gelinimt, daß sie seit dem 1. August an welchem Tage Ferné schrieb: „Was ist die Pflicht des Sozialisten? Wie ein Mann geht zur Grenze marschieren“ unermüdet die organisierten Arbeiter für den Krieg anfeuern? Ist ihm unbekannt, daß die Arbeiterführer Guesde und Bailout lieberhaft daran arbeiten, auch die Italiener und Japaner noch in den schrecklichen Krieg hineinzuzerren? Und was den Gebrauch nationaler Phrasen anbetrifft, so nimmt Kollege Pauli sich vielleicht einmal die Bezeichnungspromation der französischen sozialistischen Partei zur Hand, die ein vollständiges Vokabularium nationalstischer Phrasen und Gemeinplätze enthält. Und ebenda wird er auch die Aufforderung an die französischen Arbeiter finden, nicht nur für die Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch für die Losreißung Elfaß-Lothringens von Deutschland zu kämpfen.

Wir würden kein Ende finden, wenn wir die in unseren Händen befindlichen Beweise dafür, daß in der organisierten Arbeiterschaft der anderen kriegführenden Staaten ein weit leidenschaftlicherer nationaler Eifer entfaltet wird als bei uns, hier anführen wollten. Wir verweisen nur noch auf die Kundgebung der englischen Arbeiterführer vom 15. Oktober 1914, die von den hervorragendsten Gewerkschaftsführern mitunterzeichnet ist, und in der es in bezug auf Deutschland gemüßwill heißt: „Frieden kann es nicht geben, bis die Macht... niedergeschlagen ist.“ Hält man die deutschen Arbeiter wirklich für solche großen Esel, daß man allen Ernstes glaubt, ihnen zu können, mit der Hand in der Hosentasche den vernichtenden Schlag zu erwarten, oder gar den Arm, der sich zur Abwehr erhebt, zurückzureißen?

Wir kämpfen für die ungeschändete Ehre, unseres Landes. Weiter geht unser Rechtgefühl nicht. Mit aller Geduld und mit einmütiger ist von uns fernverantwortlichen Führern immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß wir Annerktion und wirtschaftliche Verbindung des Gegners nicht wollen. Anders aber sehr viele Arbeitervertreter in den uns feindlichen Staaten. Sie sprechen nicht davon zurück, sich mit den größten Chauvinisten ihres Landes zu vereinigen in dem Schlachtraum: „Aufstellung Deutschlands! Fortführung des Krieges bis zur völligen Vernichtung des Gegners!“ Danach sollte es für die schweizerische Holzarbeiter-Zeitung klar sein, wo sie mit ihrer Kritik zu beginnen hat, wenn sie schon glaubt, sich dieser Beschäftigung nicht entziehen zu können. Schöner würde es ihr, als Angehörige eines neutralen Staates, allerdings anstehen, die durch den Krieg zerrissenen Fäden der Internationalen wieder knüpfen zu helfen. Wenn sie statt dessen Sprengbomben wirft, so will uns dünken, daß das auch ihrer eigenen Organisation nicht zum Vorteil gereichen kann. Gerade ihrer Organisation, deren Mitglieder gegenwärtig zum Teil in der französischen, zum noch größeren Teil in der deutsch-belgischen Armee kämpfen.“

Wir glauben kaum, daß diese eindringliche Ermahnung bei den schweizerischen Holzarbeitern etwas nützen wird. Von schweizerischen Metallarbeitern sind uns solche Kundgebungen noch nicht bekannt geworden.

Vom Ausland.

Schweiz.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1914. In der letzten Nummer (14) der schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht der Zentralvorstand des schweizerischen Metallarbeiterverbandes eine statistische Übersicht über die Mitgliederbewegung im Jahre 1914. Danach zählte der Verband Ende 1913 in 90 Sektionen 16388 Mitglieder. Das erste Halbjahr 1914 brachte dem Verband einen neuen Aufschwung, indem seine Mitgliederzahl auf 17612 stieg, und die Ausnahmen für die weitere Entwicklung waren so groß, daß nach der Mitteilung des Verbandsvorsitzenden das Berichtsjahr weitere 1000 Mitglieder gebracht und so deren Gesamtzahl auf 18600 erhöht haben würde. Nun kam der Krieg und bewirkte das Gegenteil, indem die Mitgliederzahl des Verbandes auf 13605 in 89 Sektionen Ende 1914, um 5533 zurückging. Über die weiteren Einzelheiten der Mitgliederbewegung wird noch folgendes mitgeteilt. Aufnahmen erfolgten 4204, Austritte aus anderen Sektionen waren 1708, aus dem Ausland 461 zu verzeichnen. Ausgetreten sind 414 Mitglieder, gestorben 65, abgereist mit Abrechnung 3558, ohne Abrechnung 2142, in ausländischen Militärdienst 1861, ausgeschieden wurden 74 und gestorben 973. Von den 13605 Mitgliedern befinden sich Ende 1914 2668 in schweizerischem Militärdienst gegen 4797 am 1. Oktober 1914; die entsprechende Mitgliederzahl belief sich am 31. Dezember 1914 auf 11146. Im Jahresdurchschnitt war die Mitgliederzahl 14234.

Die vergleichende statistische Übersicht über die Verteilung der Mitgliederzahl auf die verschiedenen Nationalitäten in den letzten beiden Jahren bietet folgendes Bild:

Table with 4 columns: Nationalität, 1913 in Prozent, 1914 in Prozent, 1914 in Prozent. Rows include Schweiz, Deutschland, Italien, Österreich-Ungarn, Frankreich, Andere Länder.

Die Zusammensetzung der verschiedenen Nationalitäten ist von 1885 im Jahre 1913 auf 2124 zurückgegangen. Von den 2772 abgetrennten Nationalitäten sind 1861 in den Kriegsdienst ihres Heimatlandes eingezogen. Der Rest ist aus anderen Gründen, wie Arbeitslosigkeit u. dgl., ausgeschieden. Ganz überraschend ist der geringe Bestand an Mitgliedern schweizerischer Nationalität, die nur mit 261 am Gesamtbestand von

2583 beteiligt sind. Der Schweizerische Metallarbeiter-Verband hat demnach die ihm auferlegte Belastungsprobe gut bestanden.

Zum Schluß wird mit warmherziger Sympathie der am Kriege unmittelbar beteiligten Verbandsmitglieder gedacht, die in allen Lagern gegeneinander stehen oder standen, da mancher von ihnen schon sein Leben lassen mußte. Wir wollen die Gefallenen in freundlichem Andenken halten und den noch kämpfenden einen baldigen Frieden wünschen, damit sie bald wieder an unserer Seite für schönere Ziele mit unblutigen Waffen den Kampf aufnehmen können.“

Organisationsverschmelzung. Das wichtigste Ereignis für die Arbeiterschaft ist der vor einiger Zeit aufgetauchte Plan der Verschmelzung der beiden Verbände der Metall- und Uhrenarbeiter. Beide Verbände waren bis zum Kriegsausbruch die größten gewerkschaftlichen Organisationen in der Schweiz. Der Metallarbeiterverband zählte Ende 1913 16495 Mitglieder (16426 männliche und 70 weibliche), der Uhrenarbeiterverband 15978 (11445 männliche und 4533 weibliche) Mitglieder. Wären sie damals miteinander verschmolzen worden, so würde der für die Schweiz außerordentlich starke Verband von zusammen 32403 Mitgliedern entstanden sein. Der Krieg hat beide Verbände stark geschwächt, indem er ihre Mitgliederzahl verminderte und gerade darum erscheint ihre Verschmelzung um so wünschenswerter und zweckmäßiger.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Uhrenarbeiter, von denen viele noch mit besonderem Berufsstolz erfüllt sind, der so lange das Zuständigkeitsgebiet des erst vor etwa drei Jahren gegründeten Industrieverbandes angehört hatten, heute mit der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband einverstanden sind. Nicht wenig mag außer dem Krieg mit allen seinen unheilvollen Wirkungen auch für die neutrale Schweiz und besonders für die auf den Weltmarkt angewiesene Uhrenindustrie die Erfahrung dabei mitgewirkt haben, die die Uhrenarbeiter anfangs 1914 mit der frivolen Ausföhrung von 2000 Uhrenarbeitern in Grenzorten gemacht haben. Sie lernten da neuerdings die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Uhrenfabrikanten in ihrer ganzen verächtlichen Schärfe kennen; aber auch die weitherzige und opferwillige Solidarität der gesamten organisierten Arbeiterschaft der Schweiz und des Auslandes, hier besonders die des deutschen Metallarbeiterverbandes und des internationalen Metallarbeitersekretariats. Den schweizerischen Uhrenarbeitern ist natürlich auch bekannt, daß in Deutschland die Uhrenarbeiter dem Metallarbeiterverband als Mitglieder angehören und daß diese noch keine Veranlassung gehabt haben, sich von dem großen und leistungsfähigen Verband loszulösen und eine eigene kleinere und weniger leistungsfähige Berufsorganisation zu gründen.

Wir ihrem stark entwickelten und unfehlbaren Klassenbewußtsein haben die Uhrenfabrikanten sofort begriffen, daß sich da eine wichtige Änderung vollzieht, die ihren Unternehmervorrechten nicht förderlich ist, und so wird berichtet, daß da und dort von den Herren versucht werde, den Arbeitern Furcht einzufößen, indem es heißt, daß sie die Verschmelzung der Uhrenarbeiter mit dem Metallarbeiterverband möglichst jagar mit Gewaltmaßregeln zu verhindern suchen würden. Das ist natürlich Unsinn und nur auf die Einschüchterung der Arbeiter berechnet, die auch das alberne Manöver durchschauen sollten.

Bürgerlich gestimmte Uhrenarbeiter scheinen in der gleichen Richtung tätig zu sein. Die Gelben wollen die Verschmelzung nicht mitmachen, weil der Metallarbeiterverband Sekretäre habe, die nicht vor liberalen Parteien in Ehrfurcht erstarben, sondern sogar Kritik an ihnen übten. Der Verlust solcher Gefühnslumpen braucht die Organisation gewiß nicht zu bedauern.

Großbritannien.

Kundgebung gegen Deutschland und seine Verbündeten. 27 Abgeordnete der Arbeiterpartei haben folgende von G. F. Wardle (Leiter des Verbandsblattes der Eisenhauer) verfaßte und an den französischen Genossen Jean Longuet gesandte Erklärung unterzeichnet:

„An die Arbeiter Frankreichs und Belgiens. Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Arbeiterpartei im britischen Hause der Gemeinen, entziehen Ihnen, unseren französischen und belgischen Genossen, unsere tiefgefühlte Sympathie in Ihrem heroischen Kampfe zur Zurückdrängung des Einflusses Deutschlands in Ihre Länder. Wir erkennen an, daß Sie nicht nur Ihre eigenen nationalen Freiheiten verteidigen, sondern daß Sie auch für die Freiheit ganz Europas gegen die Beherrschung durch despotischen Militarismus kämpfen. Wir sind voll der tiefsten Bewunderung für den Mut und die Energie, welche Sie in dem schrecklichen Konflikt, den Sie gegen Ihren grausamen Feind führen, entwickeln und unsere Gefühle werden von der Rasse der organisierten Arbeiter Großbritanniens geteilt.“

Hunderttausende von Gewerkschaftern, angeführt von gerechter Entschlossenheit über den verbrecherischen Anfall Deutschlands, sind freiwillig in die Armeeeingetreten, welche im Vereinigten Königreich aufgestellt wurde, um die französische und belgische Sache zu unterstützen. Wir haben jede Maßnahme unterstützt, welche dahin geht, dieses freiwillige Heer zu einem großen und mächtigen Instrument für die Verteidigung von Demokratie und Zivilisation gegen die Mächte der Autokratie und des Despotismus zu machen. Wir verzichten Sie, unsere französischen und belgischen Genossen, daß wir mit Herz und Seele mit Ihnen sind in Ihrer Geduldlosigkeit, Frankreich und Belgien vor dem Eindringen zu befreien, die Wiederherstellung der verweirten Territorien zu erreichen und ein für allemal der Drohung des Militarismus ein Ende zu bereiten.“

Unterzeichnet ist die Kundgebung von G. F. Wardle, Bill Thorne, James Carter, J. E. Sutton, Wm. Adamson, F. M. Goldstone, J. H. Clynes, Robt. Lovell, John Williams, J. H. Thomas, F. Hall, Alex. Wilson, Arthur Henderson, G. B. Bowerman, Stephen Walsh, Walter Seddon, Charles Duncan, George A. Barnes (Maschinenbauer), Geo. S. Roberts, Bill Crooks, John Dodge (Generalsekretär des Eisenhauerverbandes), W. Linton Wilson, James D'Oran, John W. Taylor, John Macdonald, Albert Stanley, Hoos. Richards. Ein Solch der mitunterzeichneten Kollegen Barnes ist ins Heer eingetreten. Ferner sind Sutton und Roberts Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, deren wiederholte Kundgebungen gegen den Krieg und die Regierung in der deutschen Arbeiterpresse aufsehenswerdend mehr Beachtung fanden als in ganz England.

Das Permanente Verwaltungskomitee der französischen Sozialistischen Partei hat darauf am 31. März die folgende Antwort geantwortet:

„Das Komitee nimmt Kenntnis von der Adresse der Mehrzahl der Arbeitengeordneten des englischen Parlamentes an die Arbeiter Frankreichs und Belgiens und dankt ihnen aus tiefstem Herzen für ihr erregendes Zeugnis der Solidarität. Es ist glücklich und stolz, feststellen zu können, daß in der beipostesten Stunde, in der Europa sich gegen befindet, das britische und französische Proletariat eineig zusammenzuschließen zur Verteidigung der gleichen heiligen Sache der Wahrung der Verträge, der Unabhängigkeit der Nationalitäten und der Herbeiföhrung eines Regimes der friedlichen Demokratie in der Welt.“

Das Komitee spendet seinen Beifall für die gigantische Anstrengung, welche Großbritannien gemacht hat, um in allen Teilen ein ungeheures Heer aufzustellen, welches den Größten unseres eigenen Landes seine mächtige Unterstützung leisten und so das Territorium des heroischen Belgien und unsere besetzten Departements befreien wird. Wir sind entschlossen, an Ihrer Seite bis zum Siege zu kämpfen, den deutschen Imperialismus, den Angreifer, zu zerstören und so die Grundlage für einen dauernden und gerechten Frieden, der die Rechte aller Nationalitäten achtet, zu schaffen.“

Wir sehen also, daß diese Vertreter der britischen und der französischen Arbeiterschaft heute noch ebenso wenig an Frieden denken wie zu Anfang des Krieges. Selbstverständlich bekommt dies die deutsche organisierte Arbeiterschaft ansehnlich, sie wird aber nicht umhin können, auch ihr weiteres Verhalten dementsprechend einzurichten. Wenn man der obigen Kundgebung der englischen Abgeordneten glauben schenken darf, so herrscht unter den britischen Arbeitern mehr Entschlossenheit für den Krieg als sonst irgendwo behauptet wird. Nichtsdestroniger gibt es etwas, das den britischen Gewerkschafts-

mitgliedern doch noch wichtiger erscheint als der Sieg Englands, und das ist die Hochhaltung ihrer Verträge. Auch in England versuchen an Kriegslieferungen beteiligte Unternehmer, die mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge zu übertreten. Darin verstehen die Mitglieder jedoch keinen Spaß und es ist, wie bekannt, wiederholt zu Ausständen gekommen. Die britischen Gewerkschaftsmitglieder denken eben: Wenn der Sieg so sicher ist, wie man uns Tag für Tag erzählt, so ist um so weniger Grund vorhanden, unsere Verträge zu verschlechtern. Mag dann lieber der „sichere Sieg“ um ein paar Tage verschoben werden.

In Glasgow ging ein Pfarrer namens Robertson in eine Munitionsfabrik, um dort als gewöhnlicher Arbeiter dem Überschwang seines Patriotismus nachzugeben. Die organisierten Metallarbeiter weigerten sich jedoch, mit ihm zusammenzuarbeiten und drohten, die Arbeit niederzuliegen. Infolgedessen mußte er seinen Wunsch, Granaten machen zu dürfen, begingnen. Ein anderer Pfarrer, der ebenfalls Granaten machen wollte, wurde gar nicht erst in die Fabrik eingelassen.

Die organisierten Arbeiter müssen wegen ihrer Haltung mancher Vorwurf über sich ergehen lassen. Unter anderem sagt man ihnen nach, sie tranken zuviel und dadurch litte ihre Leistungsfähigkeit. Auffallend ist dabei, daß man erst jetzt dahinter gekommen ist. Es mag sein, daß die britischen Arbeiter den Gebrauch geistiger Getränke gern einschränken dürften; sie aber einfach als eine Gesellschaft von Trunkenbolden hinzustellen, geht doch nicht an. Bei einer am 6. April in London abgehaltenen Zusammenkunft der Unabhängigen Arbeiterpartei führte Keir Hardie die bittere Klagen über diese Verschuldigungen.

Am 9. März versandte Kollege Hobson ein Rundschreiben, aus dem wir nach den Mitteilungen unseres norwegischen Bruderblattes folgendes entnehmen:

In der Metallindustrie hat der flote Geschäftsgang dazu geführt, daß die Löhne sich um 3 bis 5 Schilling die Woche erhöht haben und daß die Preise der mit den Gewerkschaften vereinbarten Stückpreisliften um 10 bis 15 Prozent überschritten werden. (Dies stimmt nicht überein mit den Nachrichten über die vielen Lohnbewegungen.) Es sind aber auch seit Beginn des Krieges die Preise der Lebensmittel um durchschnittlich 15 Prozent gestiegen, obgleich noch genug vorhanden sind. Das Unterhaus hat ein Gesetz angenommen, wonach alle Unternehmer, die Aufträge der Regierung ausführen, nach den Gewerkschaftspreisliften zahlen müssen. In den letzten vier Monaten hat die Regierung den Gewerkschaften ein Siebentel ihrer Ausgaben für Arbeitslohnunterstützung ersetzt. Dies hat dazu beigetragen, den Ruf der Gewerkschaften unter der Arbeiterschaft zu verbessern und ihnen großen Zulauf verschafft. Einige Verbände haben auf diese Weise ihre Mitgliedschaft verdoppelt. Kollege Hobson sagt ferner:

Wir halten unsere Verbindungen durch Schriftwechsel mit den verschiedenen Nationalitäten im internationalen Bunde aufrecht, bis das Kriegsglück vorbei sein wird, inbrünstig hoffend, daß alle Verbände aus dieser Prüfung ebenso stark wie vorher hervorgehen mögen, auf jeden Fall aber ebenso fest und treu zu allen Grundregeln der Solidarität der Arbeiterschaft stehen werden.“

Dieser Wunsch des Kollegen Hobson wird allgemeine Zustimmung finden.

Ein Arbeiter-Beirat für die Rüstungsindustrie. IK. Die englische Regierung hat kürzlich einen weitgehenden Burgfrieden mit den für die Rüstungsindustrie in Frage kommenden Gewerkschaften abgeschlossen. In den dabei getroffenen schriftlichen Vereinbarungen war auch die Ernennung eines „Arbeiter-Beirates“ durch die Regierung vorgesehen. Dieser soll der Regierung bei der Durchführung der Vereinbarung wie überhaupt bei der Beschleunigung der Arbeiten in den Kriegsindustrien, besonders der Granatenfabrikation helfen. Der Beirat ist jetzt ernannt worden. Er besteht aus den Abgeordneten Henderson (Vorsitzender), dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Wilkie, Sekretär der Schiffbauarbeiter, dem Londoner Stadtverordneten und Gewerkschafter Frank Smith, dem Vorsitzenden der Maschinenbauer Brownlie, sowie D'Oran (Generalsekretär der Metallarbeiter), der als Sekretär des Beirates wirkt.

Um die vielen noch drohenden Lohnbewegungen und Streiks in der Öffentlichkeit gründlich herabzusetzen, läßt die Admiralität (unter anderem in der Times vom 1. April 1915) die Nachricht verbreiten, daß ein „deutsches Komplott zur Inszenierung von Streiks“ im Lande bestöhe. Dies sei von den Geheimagenten festgestellt worden. Die deutschen Spieser sollen sich in den Pausen unter die Arbeiter mischen, ihre Unzufriedenheit erregen, sie zum Streik hegen und, wenn alles nichts hilft, sie zum Trinken verleiten, um durch solche Sabotage die Produktion aufzuhalten. Es ist nur merkwürdig, daß sich die Gewerkschaften nicht entschieden gegen solche albernen Märchen wenden, die schließlich jede gewerkschaftliche Arbeit in Verruf bringen müssen.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.) Samstag, 17. April: Posen (Heizungsmont.) Jacoby, 8Uhr. Samstag, 24. April: Augsburg. Gesellschaftsbrauerei, 8. Dresden. (Heizungsmont.) Volkshaus, Kleiner Saal, halb 9 Uhr. Mercedesburg. Herzog Christian, halb 9. Sonntag, 25. April: Gelsenkirch.-Buer. Breitenbrod, 3/2. Hannover (Heizungsm.) Gewerksch., 10. Dienstag, 27. April: Hannover (Wahl) Gewerksch., 1/2. Samstag, 1. Mai: Stuttgart u. Umg. Gewerkschaftshaus, 7 Uhr. Generalversammlung. 1. Geschäfts- und Kassensbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Stellungnahme zum Verbandstag in Berlin. 4. Aufstellung der Kandidatenliste zur Wahl der zwei Delegierten zum Verbandstag.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

- Dresden (Strommont.). Samstag, 24. April, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.

Sonstige Anzeigen.

- Gesucht auf sofort mehrere tüchtigen Feilenhauer, dauernde Stellung, hohen Verdienst, sucht Alfred Schröder, Magdeburg, 2. Halberstädterstr. 20. (2-4)
- Metallrecher auf Revolverhände für Armaniten auf guten Arbeitslohn suchen Schneider & Döfl, Sonthheim-Heilbronn.
- Metallrecher, Dreher, Fräser, Schlosser, Werkzeugmacher, in guttuhende Stellung, sofort gel. Angeb. in Zeugnisbescheinigung u. Untersang an Carl Seif. Sena.
- Heizungsmechaniker finden dauernde Beschäftigung bei Stugen & Co., Königberg i. Pr., Bergplaz.
- Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röteltstr. 16 B.